

Den Theatern stehen turbulente Zeiten ins Haus. Denn zu den mittelbaren Folgen der von den Global Players der Finanzwelt 2.1 verursachten Wirtschaftskrise zählt eine beispiellose Finanznot der öffentlichen Hand, die an den Kulturinstitutionen kaum spurlos vorübergehen dürfte. Verkürzt gesagt: Die Banker spielen Monopoly, die Allgemeinheit zahlt die Zeche, die Kultur muss bluten. Wer jetzt noch immer nicht merkt, dass Kunst einen gesellschaftlichen Auftrag hat, mag ewig weiter schlafen. Doch in der Kulturszene rumort es, und mancher erinnert sich an „Achtundsechzig“. Revoluzzer-Nostalgie allerdings wäre ein unzeitgemäßer Ratgeber. Denn die Gesellschaft ist vielfältig, die Fronten sind kompliziert, die Gegner hüllen sich in den Mantel der Sachzwänge, Freunde findet man in unvermuteten Konstellationen. Um diese Gemengelage auseinanderzusortieren, um sich gegenüber mutmaßlichen Gegnern machtvoll und mit möglichen Mitstreitern solidarisch zu positionieren, taugt weder das brave Appeasement der Systembewahrer noch die wohlfeile Radikalität der Schwarzweißmaler. Es ist Zeit für eine Kunst der Differenzierung, für die Phantasie als Mittel der Demaskierung, für eine Ästhetik des kreativen Widerstands. Es gilt, den Protest kunstvoll zu formen. In Wuppertal, Freiburg, Hamburg und Stuttgart, unter Studenten, Künstlern und Theatermachern haben wir nach zeitgemäßen **Protestformen** geforscht.

Die Geldnot der öffentlichen Hand gefährdet die Finanzierung der Kultur- und Theaterlandschaft in Deutschland. Viele Theater werden um ihre Existenz kämpfen müssen. Und sie können's doch auch: Kunst kennt viele Protestformen.

Seid Schelme!

DETLEF BRANDENBURG

„Wenn aber Theater und andere Kulturinstitutionen ausbluten müssten, nachdem Milliarden Euro öffentlichen Geldes in die Stabilisierung jener Wirtschaftsbetriebe geflossen sind, deren Führer zu inkompetent oder zu verantwortungslos waren, das Überleben ihrer Unternehmen aus eigener Kraft zu sichern – es wäre ein Skandal ersten Ranges und eine Bankrotterklärung der Kulturnation.“

So war es im *Editorial* unseres Juli-Heftes 2009 zu lesen. Und wir hätten uns damals sehr gerne geirrt – man schreibt solche Prognosen ja nicht, um Recht zu behalten, sondern um beizutragen, das Befürchtete vielleicht noch zu verhindern, abzumildern. Doch inzwischen zeichnet sich ab, dass es genau so schlimm kommen wird. Wobei es allerdings selbst in einigen notorisch armen Städten noch Politiker gibt, die ihre Hände schützend über die Kultur halten und damit demonstrieren, dass auch in der Not nicht aller politischer Spielraum am Ende ist. Die Frage, wie viel Geld für die Kultur noch übrig ist nach dem Aderlass zugunsten schlecht geführter Banken und Unternehmen, ist eine Frage politischer Prioritäten und nicht jener Sachzwänge, hinter denen sich Politik gern versteckt. So schreibt die Münchner Unternehmensberatung *actori* in einer aktuellen Studie, es werde „entscheidend auf die Reaktion der Politik ankommen, ob das Niveau der bisherigen öffentlichen Kulturfinanzierung gehalten werden kann“. Allein die Differenz der Dimensionen führt ohnehin jede Sachzwang-Be-

hauptung ad absurdum: Einerseits sollen Sparten oder womöglich ganze Theater zugrunde gehen, damit man ein paar Millionen spart; andererseits wurden allein für den „Rettungsschirm“ der Banken (von anderen Nutznießern öffentlich finanziert Krisenbewältigung noch gar nicht zu reden) 500 Milliarden Euro bereitgestellt. Davon könnte man die gesamte öffentliche Kulturförderung in Deutschland in gegenwärtiger Höhe auf rund 60 Jahre sicherstellen.

Es lohnt sich also, sich zu wehren. Denn politische Sparsamkeit geht am liebsten den Weg des geringsten Widerstands. Und es geht Schlag auf Schlag: Die Finanzierung des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters wackelt, in Lübeck schwelen Theaterfinanzierungsprobleme, das Opernhaus in Hagen wankt, Mönchengladbach war in Not, die Zukunft am Theater Oberhausen ist ungewiss, Wuppertal will sein Schauspielhaus schließen, in Köln und in Zittau werden Kürzungen diskutiert, die *Landesbühne Niedersachsen Nord* befürchtet das finanzielle Ausbluten. Und gerade flackert in Dessau eine existenzbedrohende Kürzungsdiskussion auf. Noch ist zwar bei alledem der Ausgang offen. Doch wenn stimmt, was viele Fachleute sagen: dass es jetzt erst richtig losgeht mit der Finanznot von Ländern und Kommunen – dann ist höchste Alarmstufe.

Dabei ist die Situation absurd: Im gleichen Moment, wo die Wirtschaft freudig ihrer Erholung entgegenzieht, gehen die öffentlichen Haushalte in die Knie, weil



in erster Linie weder die Bürger noch die Gemeinwesen von der öffentlich geförderten „Gesundung“ der Wirtschaft profitieren, sondern Aktienbesitzer, Manager und Banken. Aber wer sagt eigentlich, dass „das Wirtschaftssystem“ – womit ja ein ganz bestimmtes gemeint ist, nämlich das kapitalistische – für das Funktionieren dieser Gesellschaft eine so absolut überragende Bedeutung hat? Könnte nicht auch der Zusammenbruch „des Kultursystems“ die Gesellschaft gefährden? Sind folglich nicht auch Kulturinstitutionen „systemisch“ – ist nicht die Behauptung, dass das Interesse eines Theaters an seiner Erhaltung ein öffentliches Interesse ist, mindestens so glaubwürdig wie dieselbe Behauptung in Bezug auf eine Bank? Hat sich dieses Wirtschaftssystem in den vergangenen Monaten etwa so gut bewährt, dass man ihm die Kultur, ja ein ganzes Bildungsideal opfern soll, zu dem ja nicht nur die ästhetische Bildung gehört, sondern auch jene zeitlich begrenzte Freiheit des Hochschul-Studiums, die gerade durch die Bologna-Reformen entsorgt wird – damit die Studenten besser in eben jenes Wirtschaftssystem passen?

Schon wenn man die Theater einmal außen vor lässt, ist doch das Ergebnis der öffentlich finanzierten Krisenbewältigung fragwürdig: Diejenigen, die Aktien haben und in den Spitzenpositionen der Banken und Unternehmen sitzen, werden vor dem Schaden, den sie selbst angerichtet haben, mit öffentlichem Geld geschützt. Dieses Geld fehlt in den Kassen der öffentlichen Hand. Zugleich geht die wirtschaftliche „Gesundung“ einher mit dem Verlust von Arbeitsplätzen, weil Betriebe „schlank gespart“ werden. Die damit erwirtschafteten Gewinne kommen einer wohlhabenden Minderheit zugute, während die öffentlichen Haushalte auch noch die Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter schultern müssen, die beim Schlanksparen aussortiert wurden. Was im Endeffekt nichts anderes bedeutet, als dass die öffentliche Hand ihre Aufgaben immer weiter einschränken muss.

Umverteilung der Prosperität

Wem aber kommen die Leistungen der öffentlichen Hand zugute? Natürlich: denen, die sie in Anspruch nehmen, weil sie sich diese Leistungen nicht selber leisten können. Wer einen Babysitter finanzieren kann, braucht sich über die Qualität der Kindergartenbetreuung keinen Kopf zu machen. Wer seine Kinder für teures Geld in Privatschulen schickt, kann den baulichen Verfall öffentlicher Schulen gut wegstecken. Wer Bücher und Medien selbst kaufen kann, kommt ohne öffentliche Bibliothek aus. Wer einen Swimmingpool hat, braucht keine öffentliche Badeanstalt. Wer seine Gesundheit in Privatkliniken pflegen kann, dem kann der Zustand der gesetzlichen Krankenkassen schnurz sein. Und wer seine Theaterbedürfnisse auf Reisen nach Salzburg oder Bayreuth, Berlin oder München befriedigen kann, dem kann das Theater in Köln oder Wuppertal, Hagen oder Mönchengladbach, Flensburg oder Oberhausen selbst dann piepegal sein, wenn er in einer dieser Städte wohnt.

All die Menschen aber – und sie bilden in diesem Gemeinwesen die Mehrheit –, die sich all das nicht leisten können, gucken in die Röhre. Und deswegen würde eine Schließung des Schauspiels in Wuppertal, ein Heruntersparen des Schauspiels in Köln auf Provinzniveau, eine Umwandlung des Theaters Hagen in ein Beispielhaus ein Basisargument marktwirtschaftlicher Ideologie Lügen strafen: dass der Wohlstand der Wohlhabenden auch dem Gemeinwesen zugute kommt. In diesen Wochen ist zu beobachten, wie die Prosperität im Lande umverteilt wird: Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer. Und das nicht nur in dem Sinne, dass die Verdienst- und Vermögensdifferenz zwischen beiden Gruppen immer weiter auseinanderklafft; sondern auch in dem Sinne, dass die öffentlichen Einrichtungen, die Ungleichheit durch Leistungen des Gemeinwesens kompensieren, immer schwächer werden.

Wenn man diese Entwicklung nun wieder auf das Theater fokussiert, zeigen sich weitere kollateralschädliche Aspekte. Was bedeutet es, wenn in Wuppertal kein Schauspiel mehr ist, weil das Haus dicht ist und die geplante 2-Millionen-Einsparung auch die Sparte ausbluten lässt? Natürlich können die Bürger auf privat finanzierte Freizeitangebote ausweichen, sich abends vor den Fernseher setzen oder an den Computer und sich dort auf *YouTube* Ausschnitte aus allen möglichen Inszenierungen der Welt anschauen. Dass all dies das Gemeinschaftserlebnis eines gemeinsamen Theaterabends, die Konfrontation mit lebendigen Menschen auf der Bühne, die emotionale Direktheit eines nur hier und jetzt für dieses Auditorium stattfindenden künstlerischen Vorgangs nicht im entferntesten ersetzen kann, mögen wir hier nicht noch einmal ausführlich begründen. Auch wenn man mitunter den Eindruck hat, dass selbst solche Basics zunehmend verdrängt werden – aus dem Bewusstsein, zumindest aber aus der öffentlichen Debatte.

Aber gleich neben dem Wuppertaler Schauspielhaus steht ja ein CinemaxX-Center, das heimatlose Theatergänger sicher gerne aufnimmt. Was aber wird hier gezeigt? Gehen wir vom allerbesten, also vom völlig utopischen Fall aus: dass dort ein kulturell engagierter Betreiber ein ambitioniertes Programm macht, mit Autorenkino, anspruchsvollen Filmen und, und, und... Und es wird doch immer etwas sein, was eben nicht speziell für Wuppertal hergestellt ist, es werden dort keine Schauspieler zu sehen sein, mit denen die Wuppertaler sich identifizieren können, weil es „ihre“ Schauspieler sind. Und es wird dort nichts verhandelt werden, was speziell in Wuppertal gerade brennt. Mit anderen Worten: Die Stadt Wuppertal verliere mit ihrem Schauspiel ein demokratisches Forum, in dem sich in einem gemeinsamen Erlebnis das artikulieren kann, was die Menschen in Wuppertal umtreibt. Etwas, zu dem genau *diese*

demokratische Gemeinschaft Stellung beziehen sollte, weil es ihr genau *hier* und *jetzt* unter den Nägeln brennt.

Die Zukunft der Städte

Gerade haben die Theater eine Fülle künstlerischer Formate für ein solches *Theater der sozialen Aufmerksamkeit*, für eine Vernetzung von Theater und Stadt gefunden – schon ist das alles wieder gefährdet. Was auch bedeutet, dass das Gemeinwesen, dass gerade auch seine Minderheiten Möglichkeiten demokratischer Artikulation verlieren. Ist der Gedanke wirklich so fern liegend, dass die Zerstörung solcher unmittelbarer gemeinschaftlicher Erlebnisforen, wie Theater eines ist, mit beiträgt zur allgemein beklagten Wahl- und Politikmüdigkeit der Bürger, zu diesem Gefühl, eigentlich keine Wahl mehr zu haben? Welches Interesse hat diese Demokratie an der Artikulation solcher Beiträge ihrer Bürger, die nicht auf den Konsens mit dem bestehenden Wirtschafts- und Parteiensystem zielen?

Es geht aber nicht nur darum, dass Menschen im Theater wie nur an wenigen Orten sonst durch Mitleiden und Mitlachen zum Mitfühlen und Mitdenken gebracht werden können. Das ist wahrlich viel – aber Theater ist zudem ein elementares Bildungsmedium, das (wie in Freiburg, Hamburg, Wiesbaden, Jena und an vielen anderen Orten zu erleben) auch an sozialen Brennpunkten ausgezeichnet funktioniert. Dieses Bildungsmedium funktioniert aber nur, wenn dessen Macher auch wirklich in der Stadt sind. Wer soll denn sonst all die Stadtteil-bezogenen Aktionen machen, wer in die Schulen gehen, wer mit „Problemkindern“ tanzen, Stücke aufführen, Workshops machen? „Rhythm is it!“, oh ja. Aber da ist es mit einem medienwirksamen Prestige-Projekt nicht getan, das muss dauernd überall stattfinden. Und das deutsche Theater mit seiner einmalig breiten Aufstellung im ganzen Land hat dazu

die ideale Infrastruktur. Gerade sehen wir, wie sie kaputtgemacht wird.

Aber auch das passt wieder auf erschreckende Weise ins Gesamtbild. Was fällt denn als erstes hinten 'runter, wenn die gymnasiale Schulzeit auf acht Jahre verkürzt wird? Richtig: die viel gepriesene ästhetische Bildung. Was bleibt als erstes auf der Strecke, wenn die Universitäten durch die Bachelorisierung immer mehr unter den Druck wissenschaftlicher Planzielerfüllung geraten? Richtig: ein Bildungshorizont, der über den begrenzten Fachbereich des anvisierten Berufsfeldes hinausgeht. Und hinterher wundern wir uns, wenn Wirtschafts-, „Weise“, Banker und Manager demnächst noch fachidiotischer handeln, als sie es bei der Verursachung der Bankenkrise ohnehin schon getan haben. Macht ja auch nichts, der Steuerzahler wird's schon richten. Haben wir doch gerade erlebt, nicht wahr?

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Vielleicht sollten sich die Theater vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen wieder auf ihre Schelmenrolle besinnen. Sie dürfen den Raubbau an Kultur und Bildung nicht hinnehmen. Mit dem phantasievollen, künstlerisch ehrgeizigen, scharfsinnigen, frechen, provozierenden Protest haben sie in diesem wiedervereinten Lande doch Erfahrungen: in Ost und West unterschiedliche, aber hier wie dort ermutigende. Und natürlich ist das Theater immer dann am stärksten, wenn es die Zuschauer auf seiner Seite hat. Leisetreten jedenfalls wird nicht helfen. Wer sich nicht artikuliert, wird untergehen. Aber genau das sollten Theatermacher, Schelme die sie sind, doch können. Oder?

Und womöglich haben sie dabei die klügeren unter den Kommunalpolitikern sogar auf ihrer Seite. Denen kann das Ausbluten ihrer Städte ja auch nicht egal sein. Sie sitzen nur in gesetzlich gefügten Bedingungen, die

ihnen immer weniger Spielraum lassen. Gerade erleben wir, wie der Bund die Städte durch ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ noch weiter in die Not stürzt – der Name des Gesetzes wird zum puren Hohn. Nicht nur die Zukunft des Theaters, die Zukunft der Städte steht auf dem Spiel; und damit die unmittelbare Lebensqualität eines Großteils der Bürger. Nette Steuergeschenke an die Wohlhabenden, während die kommunale Infrastruktur verrottet – das sollte sich kein Bürger, kein Kommunalpolitiker, kein Theater bieten lassen.

Gemeinsam stark

Und das heißt: Es liegt im ureigenen Interesse der Theater, nicht nur im eigenen Interesse zu handeln. Sie sollten sich nicht nur für sich, sondern für ihre Stadt und, wenn das möglich ist, mit ihrer Stadt artikulieren. Eine erste Solidaritätsebene bildet da im Zweifel immer die jeweilige Kulturszene selbst. Gelegentlich kann man ja in Blogs und anderen öffentlichen oder halböffent-

Es liegt im ureigenen Interesse der Theater, nicht nur im eigenen Interesse zu handeln.

lichen Foren eine klammheimliche Freude registrieren, wenn es den anderen trifft, dem es bisher noch gut ging. Aber eine gegenseitige Kannibalisierung verschiedener Kultursegmente (Freie Szene gegen Stadttheater, große Museen gegen kleine Galerien, Tanz gegen Kinder- Jugendtheater, Bildende Kunst gegen Darstellende Kunst) wäre nun wirklich das Dümme, was einer Stadt passieren könnte. Aber auch außerhalb der Kunstszene gibt es gemeinsame Interessenkonstellationen. Vieles spricht dafür, dass die Horizontverengung des Hochschulstudiums, gegen die die Studenten protestieren, und die Straffung der Lehrpläne im Rahmen des achtjährigen „Turbo-Abiturs“ (allein der Begriff ist eine

wunderbare Visitenkarte des neuen Bildungsbewusstseins!) auch den Interessen der Theater zuwiderlaufen, weil damit eine umfassende kulturelle und ästhetische Bildung der Schüler und Studenten abgeblockt wird. Eine solche Fachidiotisierung widerspricht aber nicht nur den Interessen der Theater, sondern auch denen der Gesellschaft insgesamt, weil eine Gesellschaft für ihre Selbstreflexion und Selbstentwicklung offene Bildungshorizonte braucht.

Das heißt: Es geht für die Theater darum, sich von dem egozentrisch verkürzten Argument zu lösen: „Wenn ihr uns soundsoviel wegnehmt, müssen wir dichtmachen“. Einer Politik, die zunehmend Klientelpolitik geworden ist, wird es nicht viel ausmachen, wenn Institutionen schließen, die sie nicht „ihrer“ Klientel zurechnet. Stattdessen müssen Theater artikulieren, was *eine Gesellschaft* verliert, wenn sie ihre kulturellen Institutionen verliert. Erst auf dieser Ebene, dort aber um so deutlicher, werden sich die übergeordneten Interessen abbilden lassen, die die Gruppe der „Kulturproduzenten“

und „Kulturkonsumenten“ mit anderen Gruppen verbindet. Und in diesem Gemeinsamen verlässt das Theater genau solche ökonomistischen Verkürzungen: Es geht dann nicht mehr nur darum, dass eine Kulturinstitution für bestimmte „Konsumenten“ etwas „produziert“; sondern darum, dass in diesem Produkt ein kultureller und damit gesellschaftlicher „Mehrwert“ steckt, der nicht in Verkaufserlösen darstellbar ist, sehr wohl aber in Lebensqualität, gelebter Humanität, sozialer Aufmerksamkeit. Eine Gesellschaft, die diese Werte nicht pflegt, wird dafür teuer bezahlen. Es lohnt sich, gegen diese Verarmung zu kämpfen. Für die Theater. Und für alle kultivierten Menschen.

